

Georgien

Mariam Khotenashvili*

Georgien wurde im vergangenen Jahr durch mehrere negative Entwicklungen geprägt: manipulierte Parlamentswahlen, anhaltende politische Polarisierung, informelles Regierungshandeln, selektive Justiz, inkompetenter Umgang mit der Covid-19-Krise, wirtschaftlicher Rückgang, Verschärfung der Armut und umfassende Schwächung der Demokratie inklusive der Medienfreiheit. Die Ankündigung der georgischen Regierungspartei „Georgian Dream“ bis 2024 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellen zu wollen, erscheint daher paradox.¹ Der Zeitpunkt einer solchen Ankündigung erschien auch in EU-Kreisen schlecht gewählt: Während Georgien offiziell seinen Wunsch nach engeren Beziehungen zur EU erklärte, entfernt sich das Land immer weiter von deren Werten, wie der Good Governance, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie und erliegt zusehends einem oligarchischen Ein-Parteien-Regierungsstil nach russischem Vorbild.

Auch unter EU-VertreterInnen stellte sich daher ein Umdenken ein, nachdem sie zuvor die schwindende Führungsrolle Georgiens innerhalb der Östlichen Partnerschaft nur zögerlich eingestehen wollten. Der technokratische Ansatz der EU, Reformfortschritte des Landes über Checklisten statt über eine Analyse der zugrundeliegenden politischen Dynamiken zu bewerten, hatte nicht verhindern können, dass Georgian Dream seine Herrschaftsansprüche immer weiter ausweitete. Die beiden Staatsbesuche in Tiflis durch den Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, und seine Vermittlungsversuche zwischen Regierungspartei und Opposition waren zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber die Umsetzung der daraus resultierenden Vereinbarung ist ungewiss.

Aus den Parlamentswahlen im Oktober 2020 ging die Regierungspartei mit 90 von 150 Sitzen zum dritten Mal in Folge als Wahlsiegerin hervor. Im ersten Wahlgang lag die Wahlbeteiligung noch bei 56 Prozent, im zweiten Wahlgang nur bei 26 Prozent. Insgesamt stieß der Wahlvorgang auf wenig Vertrauen in der Öffentlichkeit. Der Leiter der OSZE-Wahlbeobachtungsmission berichtete von Einschüchterungsvorwürfen von WählerInnen und „der Verwischung der Grenze zwischen Staat und Partei während des Wahlkampfes“.² Freedom House berichtete, dass die Wahl durch Manipulationen wie Stimmenkauf, Gewalt und Auszählungsfehler beeinflusst worden sei, was die Opposition dazu veranlassete, zum Boykott der Stichwahl aufzurufen. Die Organisation beklagte auch, dass „Staatsbedienstete und Empfänger von Sozialleistungen unter Druck gesetzt wurden, die Regierungspartei zu unterstützen“.³ Die umstrittenen Wahlen führten zu einem sechsmonatigen politischen Stillstand, da sich die Oppositionsparteien weigerten, ins Parlament einzuziehen. Die Situation eskalierte weiter, als Nika Melia, der Vorsitzende der größten

* Übersetzt aus dem Englischen von Thomas Traguth.

1 Vlagyiszlav Makszimov: Georgian president visits Brussels in push for 2024 EU membership application, in: Euractiv, 22.1.2021.

2 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Pressemitteilung, Fundamental freedoms respected in competitive Georgian elections, but allegations of pressure and blurring of line between party and state reduced confidence, international observers say, 1.11.2020.

3 Freedom House: Georgien: Freedom in the World 2020, abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/country/georgia/freedom-world/2020> (letzter Zugriff: 13.8.2021).

Oppositionspartei „Vereinte Nationale Bewegung“, bei einem Polizeieinsatz festgenommen wurde. Nur unter Einschaltung von Michel konnte man die Situation teilweise deeskalieren. Die EU erzielte eine Einigung über die Freilassung von Nika Melia und Giorgi Rurua und über vorgezogene Parlamentswahlen für 2022, falls Georgian Dream bei den Kommunalwahlen im Oktober 2022 weniger als 43 Prozent der Stimmen erhalten sollte. Die Vereinbarung enthält auch einen Fahrplan für Reformen des Wahlrechts und der Rechtsstaatlichkeit.⁴ Entscheidend ist, ob diese Vereinbarung auch umgesetzt wird.

Weiterer Machtmissbrauch wurde durch Veröffentlichung geheimer Telefonmitschnitte im März 2021 bekannt, in denen der Sohn des Milliardärs und Gründers von Georgian Dream, Bidzina Iwanischwilis, zusammen mit Premierminister Irakli Gharibaschwili und dem Leiter des Staatlichen Sonderschutzdienstes, Anzor Tschubinidse, berieten, Jugendliche einzuschüchtern, wenn sie Bera Iwanischwili in sozialen Medien kritisierten.⁵ Der Vorfall verdeutlichte erneut ein altes Muster: Ein Milliardär und seine Familie regieren das Land aus dem Hinterzimmer. In den Worten Tinatin Akhvedianis: „Die derzeitige politische Krise geht letztlich auf den Reichtum einer einzigen Person zurück.“⁶

Die Reaktion auf Covid-19 bestand in einem harten Lockdown und Grenzschließungen. Ein erneuter Ausbruch des Virus im Herbst dennoch nicht verhindert werden – mit schwerwiegenden Folgen für viele Haushalte und kleinere Unternehmen. Das staatliche Hilfspaket (eine Einmalzahlung von umgerechnet weniger als 100 Euro) war weder ausreichend, noch stand es denen zur Verfügung, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten.⁷ Die Regierung versäumte es, außerhalb des COVAX-Programms Impfstoffe zu beschaffen, die von der Europäischen Arzneimittelagentur zugelassen worden waren. Georgien öffnete sich für die Impfstoffdiplomatie Chinas, dessen Impfstoffe zur Jahreshälfte 2021 die einzigen weithin verfügbaren waren. Ende Juni 2021 hatten nur 6,5 Prozent der georgischen Bevölkerung mindestens eine Dosis des Covid-19 Impfstoffs erhalten.⁸

Die EU muss einheitlich und mit Härte vorgehen, wenn die Östliche Partnerschaft in Georgien tatsächlich Demokratie und Wohlstand fördern soll. Das von der EU vermittelte Abkommen hat zwar einen vorübergehenden politischen Stillstand beendet, ist aber lediglich „ein Ausgangspunkt für die weitere Konsolidierung der georgischen Demokratie und Georgiens Entwicklung hin zu einer euro-atlantischen Zukunft.“⁹ Die Zukunft des Landes, das auf informelle Weise von einem Oligarchen regiert wird und dessen Opposition nachhaltig zersplittert ist, bleibt ungewiss.

Weiterführende Literatur

Elene Panchulidze/Richard Youngs: Defusing Georgia's Political Crisis: An EU Foreign Policy Success?, in: Carnegie Europe, 10.5.2021.

4 Europäischer Auswärtiger Dienst: A way ahead for Georgia, 18.4.2021, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/sites/default/files/210418_mediation_way_ahead_for_publication_0.pdf (letzter Zugriff: 13.8.2021).

5 Giorgi Lomsadze: Georgian rapper accused of using law enforcement to terrorize critics, in: Eurasianet, 12.3.2021.

6 Tinatin Akhvediani: EU comes to the rescue of Georgia in its struggle for democracy, in: 3 DCFTAs op-ed 5/2021, 2.3.2021.

7 Salome Kandelaki: Facing Covid-19: How adequate is the government's social policy?, in: Georgian Institute of Politics, 12.1.2021, abrufbar unter: <http://gip.ge/facing-covid-19-how-adequate-is-the-governments-social-policy/> (letzter Zugriff: 13.8.2021).

8 Kandelaki: Facing Covid-19, 2021.

9 Rat der EU: Erklärungen und Bemerkungen, Remarks by President Charles Michel at the signing ceremony of the Georgia agreement..., 19.4.2021, 294/21.